





# SPD. für Weltaufrüstung und allgemeine Wehrpflicht

Sozialdemokratischer Jubel über den neuen Aufstellungs- und Kriegsplan Herrrots — Internationale Antikriegsarmee, Verteidigung auch für Deutschland, Eingliederung Deutschlands in den Antikriegsbund

**Paris, 31. Oktober.** Vor der französischen Kammer verkündete der Ministerpräsident Herrrot den neuen Sicherheitspakt der französischen Regierung. Der Inhalt dieses Paktes bestätigt die von uns bereits veröffentlichten Enthüllungen des „Paris Soir“. Im einzelnen steht er vor: Frankreich soll die Militärdienstzeit herab unter der Bedingung, daß alle Berufssoldaten aufgestellt werden und an Stelle der deutschen Reichswehr eine Armee mit ebenfalls neuromantiger Militärdienstpflicht (1) tritt. Es wird eine internationale Kontrollkriegs-Armee. Die Vereinigten Staaten beteiligen sich an einem allgemeinen „Sicherheitspakt“. Alle Militärdienstleistungen des Völkerbundes verpflichten sich, gemäß Artikel 10 des Völkerbundspaktes, an einem vom Völkerbund beschlossenen Krieg oder einer Intervention teilzunehmen. Schiedsgerichtsvertrag für alle dem Pakt beitretenen Staaten.

Der Sicherheitspakt der französischen Kriegsregierung bedeutet eine allgemeine Aufrüstung in der ganzen Welt, bedeutet einen Pakt des Krieges. Der Sozialdemokrat Émile Blum erhielt in einer längeren Rede seine völlige Zustimmung zu diesem Grundsatz des französischen Imperialismus. Seine einzige Sorge war, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

„Die Forderung der Gleichberechtigung ist von Herrrot in seiner Rede von Gramat anerkannt worden. Gleichberechtigt hat er die Wiederaufrüstung Deutschlands verurteilt. Schließlich steht die Regierung der Republik zu einer allgemeinen Aufrüstung (1) und ist in diesem Punkt eins mit England und den Vereinigten Staaten. Diese drei Bedingungen zu vereinigen, das ist das Ziel des französischen Sicherheitsplanes.“

Diese Rede zeigt die ganze erbärmlichkeit der Sozialdemokratie, die unter vorgelegten pazifistischen Phrasen die Kriegs- und Aufrüstungspolitik des französischen Imperialismus bedingt, ja unterstützt.

Die Bildung einer Internationalen Armee und Zubildung eines allgemeinen Militärdienstpflicht für den deutschen Imperialismus, das alles zeigt, was Frankreich mit diesem Sicherheitspakt beweist. Durch diesen Plan soll: 1. das Verhältnis System, die Normalisierung Frankreichs, gefestigt werden, 2. der unter Aufrüstung des französischen Imperialismus stehende Antikriegsbund gestärkt werden, 3. der deutsche Imperialismus in das Kriegsallianzsystem unter französischer Hegemonie eingeschlossen werden. Dafür soll Deutschland unter Kontrolle des französischen Generalstabes neuromantige Wehrpflicht einführen und dies gewisse Aufrüstung durchführen dürfen.

Die Telegraphen-Union verbreitete folgende Mitteilung „von Berliner zuständiger Stelle“ über den deutschen Standpunkt zur Herrrot-Rede: „Was die Vorherrsche Herrrot im einzelnen angeht, so müsse man sagen, daß Deutschland nicht alle annehmen könnte. Da Herrrot aber Verhandlungsmöglichkeiten offen gelassen habe, so sei gegen eine eventuelle Auskündigung über diese Punkte nichts einzutragen. Über über die internationale Polizeimacht könne man reden. Wenn Deutschland in gleichem Maße wie die anderen Staaten an einer solchen Polizeimacht beteiligt würde, so hätte es nichts gegen diese Institution einzutragen.“

Die englische Zeitung „News Chronicle“ spricht in ihrer Ueberschrift von einer „geheimen militärischen Aussprache zwischen Herrrot und Berlin“.

Im wahren Entzücken über diesen Kriegs- und Aufrüstungspakt in der „Normandie“ ausgebrochen. Schon in der Morgenausgabe schreibt das sozialdemokratische Zentralorgan:

„Der neue französische Plan ist unbedingt eine Weltrevolution und entspricht zweifellos in weitem Ausmaße dem Grundzirkel der Gleichberechtigung, da alle Staaten, ob Sieger oder Besiegte, das gleiche Wehrpflicht erhalten sollen, nämlich eine furchtbare, allgemeine Wehrpflicht.“

Im „Abend-Vorwärts“ wird es aber noch toller. Da heißt es töricht:

„Ein Blick in die heutigen Morgenausgaben lehrt, daß sie die rechtsbürglerische Presse den Sinn und die Bedeutung des neuen französischen Plans überhaupt nicht kapiert hat. In ihren Ueberschriften steht sie fast übereinstimmend heraus, daß die Reichs-

einer internationalen Antikriegsarmee, die allgemeine Weltrevolution, die Sicherung des Verhältnis Raubkriegs, das alles ist für die Sozialdemokratie ein gewaltiger Fortschritt“. Genau, wie die Dreyfus-Schleicher-Regierung zuerst die natürlich einige Bedenken“ gegen diesen Plan Herrrots. Aber sie erkannte den wichtigen Kern dieses Plans, der in der Eingliederung des deutschen Imperialismus in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion besteht.

In brüderlicher Übereinkunft mit unseren französischen Genossen erklären wir deutschen Kommunisten unsere unverzügliche Feindschaft mit diesem Kriegsplan des französischen Imperialismus, diesem Plan stellen wir gegenüber den in der Proklamation der deutschen und französischen Kommunisten verkündeten gemeinsamen Kampfwillen gegen alle Aufrüstungs- und Kriegspläne des Imperialismus dieses und jenseits der Grenzen. Diesem Plan stellen wir gegenüber die Entschlossenheit zur aktiven Verteidigung des proletarischen Vaterlandes, die Entschlossenheit zum gemeinsamen Kampf gegen das Verhältnis Raubkriegs, das den Raum zu neuen imperialistischen Kriegen eröffnet, und zur Bestellung des Proletariats.

Die Sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Die Schaffung eines sozialdemokratischen Staates ist eine einzige Sorge ist, daß der französische Sicherheitspakt die Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte erhalten möge. Wörtlich führte Émile Blum aus:

Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil



# Kommunisten an die Macht!

499

Düsseldorf, 29. Oktober. (Eig. Bericht.) Nach den zwei Riesenkundgebungen des Führers der KPD, Genossen Ernst Thälmann, in Essen und Dortmund, zu denen insgesamt 65 000 Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen, sammelte die Thälmann-Kundgebung, die am Donnerstag in Düsseldorf stattfand, nicht weniger als 60 000 Werkstätige, die in Iserloher Begeisterung sich zur KPD bekennen.

In halbstündigem Zug strömten nicht weniger an Iserloher Begeisterung sich zur KPD, bekannt, unter Führung der KGD. Sie greichen wiederum gegen die Gewerkschaften, in denen der sozialdemokratische Gewerkschaftskampf worden ist, die Arbeiterschaft von Rheinhausen-Niederrhein, die Schuharbeiter von Cleve, die Gußstahlarbeiter von Düsseldorf, die Tegern vom Niederrhein, die seit Wochen im Streik stehenden Metallarbeiter des Schweizer Eisenwerks und der Düsseldorfer Zuckersfabrik usw. Als 300 uniformierte Straßenkämpfer in den Saal zogen, als die Kleinbauern mit ihren Sensenäxten aufmarschierten, als Delegationen christlicher und sozialdemokratischer Gewerkschaftler die riesige Halle betrat, brannte immer wieder ein Sturm donnernden Beifalls auf.

## Wir kämpfen an zwei Fronten!

Düsseldorf, 29. Oktober. (Eig. Bericht.) Genosse Thälmann, von minutenlangem brausendem Beifall und „Rot Front“ begrüßt, erinnert einleitend an die großen revolutionären Traditionen des niederrheinischen Proletariats, das gemeinsam mit dem Ruhrproletariat 1919 bei den Räumen und der Sozialisierung der Betriebe und beim Rapp-Diktat in vorderster Front stand. Nach dem Generalstreik im Rapp-Diktat sprengten die bewaffneten Arbeiter im hohen Angst die bewaffneten Rote-Freikorps auseinander. Die Siegerkämpfe gegen das Freikorps Bischöflich und Schulz in Düsseldorf, der zentralistische Angst der sogener und Wupperdaler Arbeiter auf Remscheid und die Vernichtung des Freikorps Lübeck seien Taten, die niemals aus der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung am Niederrhein ausgelöscht werden können.

Genosse Thälmann erinnerte an die heldenhaften Kämpfe des sozialen und mittelheinischen Proletariats gegen den Aufstand der sozialistisch bestochenen rheinischen Separatisten, die verbündet mit Unterstützung von Zentrumsführern einen Frankreich eingebundenen Putschversuch am Rhein zu errichten.

Die großen revolutionären Stolz konzentriert heute noch die ehemalige Internationale, doch niederrheinische und Mittelheinische Arbeiter und Bauern dienen Plan des französischen Imperialismus durch revolutionäre Kampftaktiken zu zerstören machen (Französische Revolution). Genosse Thälmann stellt fest:

Hier am Rhein haben wir Kommunisten bereits vor neun Jahren den revolutionären Kampf gegen zwei Fronten ergriffen gegen die Ausbeuter und Verräte in eigenen Rängen, wie gegen die ausländischen Brüder. Und in diesem Kampf standen Kommunistische Jugend, Seite an Seite mit französischen Freikommunisten, in vorbereiter Front.

## Revolutionärer Internationalismus gegen Versailles

Genosse Thälmann ging dann auf das in Essen und Dortmund verhandelte Manifest der deutschen und französischen Kommunisten und die Nutznieße im kommenden Deutschen Reichstag und in den französischen Kammer ein, dessen Entscheidung begleiteten Beifall auslöste. Unter deutscher Reichsregierung stand sie vor, daß die Milliardenabgaben für die Reichswehr, für die Polizei, für die Justiz umso teurer geworden wären, und daß diese Gelder den Erwerbslosen, der weitaus jungen, den Sozialzentnern, Kriegsbeschädigten, Vätern, Kindern, Kleinbauern und den verelendeten jüdischen Mittelstand, für Kinderbetreuung und Vermittlungsrückhalt für die Kinder der arbeitenden Eltern zur Verfügung gestellt werden (stürmischer Beifall).

Auf die sozialdemokratischen Arbeiter ist es notwendig, an einige politische Tatsachen zu erinnern. Noch am 30. Oktober 1918 erklärte Scheidemann in Essen im Namen der SPD: die Arbeiterschaft darf niemals die Resolution durchführen. Sie darf niemals den Kaiser verjagen, sondern muß aushalten bis zum Sieg. Er empfahl Euch Arbeitern also, Euch weiter im Kriegswesen zu verzetteln, damit Wilhelm II. an der Macht bleibt (Punkt-Rufe). Das ist die Partei, die drei Tage nach der jüngsten Reichstagswahl die vertragte „Novemberrevolution“ beginnen will — wenn sie überhaupt noch den Mut dazu findet.

Eine zweite historische Tatfrage ist: 1920 hatte die Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr vorübergehend die Macht in Händen. Sie wollte die Räterepublik, den Sieg des Sozialismus. Das kam Gelingen und schlug ihnen durch das Bielefelder Abkommen der Käffchen aus der Hand (stürmische Punkt-Rufe). Dann folgte der Einmarsch der weißen Soldaten und das Blutbad unter den Arbeitern.

Beim Kühnemarsch der französischen Truppen 1923 schlug die SPD, mit dem Reichsamt und dem Nationalismus ein Bündnis und erlich gemeinsame kaudinistische Aktion. Und am 20. Juli dieses Jahres demonstrierten die Seerings, Körber & Co., abermals ihre enge Verbundenheit mit Reichsamt und Konterrevolution (Sehr wohl!). Vor dem Staatsministerium erklärte Seerings, daß er durchaus zu einem Bündnis mit Papen und Bracht bereit sei, und daß er lediglich Ratt des Präsidenten mit zehn Mann die „Einhaltung des gesetzlichen Wege“ durch Papen erwartet habe.

## Werdet euch eurer Kraft bewußt!

Wir haben in den letzten Wochen in Deutschland, und besonders am Niederrhein, machtvolle Wirtschaftskämpfe erlebt, die zugleich eine höhere Stufe der revolutionären Bewegung heraufzurufen. Wir sprechen in unseren Beschlüssen vom „Ende der kapitalistischen Herrschaft“. Das bedeutet, daß wir den Ende der Sozialreform entgegenziehen. Im schnellsten Tempo und mit den drastischsten Mitteln werden alle die sozialen Errungenschaften, die Ihr Euch erklungen habt, nacheinander abgeworfen. Wie Kommunisten haben darum gemeinsam mit der KGD, zur Einheitsfrontauflösung aufgerufen.

Es ist von großer Bedeutung, daß wir gerade hier im niederrheinischen Gebiet gemeinsam mit den arbeitenden Jugend und den Angestellten Kämpfe geführt haben, die die Unternehmer auf die Knie drücken und sie zwangen, den Rohstoff zurückzunehmen (Beifall). Wir leben zum ersten Male eine geheiligte breite Aktivität der Arbeiterschaft in den Betrieben. Die Polizisten werden sich wieder ihrer Macht und Kraft bewußt! (Sehr richtig!)

Wir können noch mehr erreichen, wenn Ihr noch mutiger, noch höher über die Räume der Bürokratie hinweg eure Kämpfe führt! (stürmischer Beifall!)

## Streikbrecher Seerings beschimpft die Erwerbslosen

Genosse Thälmann geht dann auf die Rote Gewerkschaft in den kommunalen Betriebsteilen ein. In den Morgen ist das Gewerkschaft

## Hitler, der zweite Daubmann, hat Millionen belogen

Zu einer vernichtenden Kritik füllt der Hitler-Partei die Käffchen mit Thälmanns Ausführungen über die Politik der NSDAP, als er besonders auf die Düsseldorfer Industriekonferenz einging und die Demagogie des Nazi-Führers entlarvt. Der Wirtschaftsberater Hitlers, Walter Funk, habe erklärt:

„Wir werden die niedrigen Zölle schließen und das mangelnde System der Tarifabschlüsse prügeln.“

Um der Wirtschaftsberater Hitler hat auf der Wirtschaftsführer-Tagung der Deutschen Nationalen, im November 1931, zur Frage der Sozialisierung geplagt:

„Nach Rückprache mit dem Direktor des IG-Arbeitswerke ist es zu der Überzeugung gelangt, daß eine Verstaatlichung des IG-Betriebskonzerns nicht ratsam sei.“ (Gedächtnis und Jurute: „Das ist die Arbeiterspartei!“)

Wir sagen an dieser Stelle: Hitler hat nicht nur seine Wahlkämpfen, sondern er hat auch den Kapitalismus neue, harterliche Wege gezeigt, mit welchen Methoden und Maßnahmen des Betriebs Millionen von Menschen ausse unterdrückt und verschoben ausgetrieben werden können. Hitler ist die Zeitschrift der Arbeiterschaft und kämpft nicht gegen Berufsschule (Sehr richtig!).

Habt ihr sozialdemokratischen Kämpfengenossen darum vor Jahren gehabt unter dem Sozialstreik gekämpft? Habt ihr darum eure Leben lang unter schweren Opfern gekämpft, doch nun eure Verdienste zu schützen in der Konterrevolution werdet?

Habt ihr, Kameraden von der „Roten Front“, darum gegen den Reichskonsortium gekämpft, und heute eure Arbeit ein schlagende Tarifpakt mit den blutigen Arbeiterschinden, dem mörderischen Hitlerkampf schließen?

Voller Ekel und Empörung haben sich bereits Hunderttausende aus der arbeiterfeindlichen Politik ihrer Gewerkschafts- und SS-Politiker abgewandt.

Wir Kommunisten sagen euch: Je härter sich das Beraterteam von der Führung des NSDAP, mit dem Reichskonsortium verbündet, um so härter müssen wir uns unter zum gemeinsamen antikapitalistischen Klassenkampf verbünden (lang anhaltender Beifall).

Wir versprechen den wertvollen Wählern die Revolution!

In Wirklichkeit handelt es um Ministerposten. Es ist genau so ein elender Koalitionspartner und Butterkrippe, jünger wie die Gründer der SPD und des Zentrums (stürmisches „Sehr richtig!“) Die Hitler-Partei ist eine „Softe Partei“. Die NSDAP ist eine Anhängerin der Tributpolitik und der kapitalistischen Anerkennung und hat sich als Werkzeug der Diktatur des Finanzkapitals entblüht.

Heute sind bereits Hunderttausende von Mittelschichten, Beamten, SA- und SS-Leuten entlaufen.

Heute leben wir, daß es nicht nur einen Daubmann gibt, der sich als Schwindler entlarvt, sondern noch einen zweiten.

Dieser zweite Daubmann heißt Adolf Hitler, der Millionen Menschen belogen und betrogen hat

(stürmischer Beifall, heiterkeit, anhaltendes Händeschütteln). Wir Kommunisten sagen darum auch den proletarischen SA- und SS-Leuten hinsichtlich der schweren Bedrückung des weitaus größeren Volkes durch das Beraterteam, angeführt der Papen-Notverordnungs-Diktatur: Socht auch nicht als Landesknechte des deutschen Großkapitals mitzutun!

Schließt nicht mehr auf eure Arbeiterschulen und schwester, auf die Kämpfer für ein freies sozialistisches Deutschland!

Kämpft mit uns gemeinsam gegen die Papen-Diktatur und gegen Versailles!

Kämpft mit uns in der großen, vorauszielten marschierenden Freiheitssarmee bis zum Sieg des sozialistischen Deutschlands! (stürmischer, lang anhaltender Beifall!)

## Eine Front: Leipart-Stegerwald-Straßer

Die Arbeiterschaft, insbesondere die Gewerkschaftskollegen, müßten mit größter Aufmerksamkeit die hinter den Räumen geführten Verhandlungen zwischen Leipart vom ADGB und Straßer von der KGD unter Vermittlung von Stegerwald beobachten. Hier bildet sich eine Einheitsfront von Arbeitern des Reichskonsortiums und Sozialkonsortiums zur Bekämpfung bestimmter Maßnahmen des Papen-Kabinetts und der faschistischen Diktatur überhaupt.

Leipart hat in der Gewerkschaftsschule in Bernau eine Rede gehalten, die nicht nur ein Anmaßung ins Gesicht der Millionen Werktätigen und Freigewerkschaftler ist sondern den Versuch darstellt, die Gewerkschaften völlig dem Faschismus auszuliefern. Was hat Leipart geplänt?

1. Die Gewerkschaften seien national.

Somit ist die klassenbewußten Arbeiter in den Gewerkschaften tiefen, ist es der Stolz jedes Gewerkschaftlers, sich zum proletarischen Internationalismus zu bekennen (stürmische Bravo-Rufe!).

2. Sagt Leipart: Die Gewerkschaften seien neutral.

Dies bedeutet, daß sie nicht so wie bisher, nur der SPD, sondern in Zukunft auch der NSDAP untergeordnet werden sollen. Leipart hat sich ferner offen für die imperialistischen deutschen Auswanderungspläne eingesetzt, und seine Rede wurde vom Minister Schleicher warm begrüßt.

Das ist der gleiche Weg, den die reformistischen Gewerkschaftsführer Italiens d'Agostino und Co. brutal bezeichneten, als sie nach dem March Massakros auf Rom die freien Gewerkschaften Mailand ausließen (stürmische Punkt-Rufe).

## Wir fragen euch, freigewerkschaftliche und christliche Kollegen:

Habt ihr darum Jahrzehnte für eure Freiheit gekämpft, daß die von euch mühsam aufgebauten Organisationen euren klassischen Klassenfeinden ausgeliefert werden?

## Die KPD, der Fels in der kapitalistischen Brandung!

Wie der Düsseldorfer Kongress der christlichen Gewerkschaften gezeigt hat, verschärfen sich auch die Gegensätze zwischen der christlichen Arbeiterschaft und ihren Führern, wie es sowohl bei den SPD-Arbeitern und den SA- und SS-Proleten der Fall ist, die gegen ihre reaktionären und konterrevolutionären Führer rebellieren.

Allein bei der KPD besteht eine völlig geschlossene Einheit zwischen Führung und Mitgliedschaft!

(Bravo-Rufe!) Um so wichtiger müssen wir unsere Kräfte einsetzen zur Schaffung der kämpfenden Einheitsfront von unten gegen die sich anbahnende Konzentration der faschistischen Kräfte. Gerade hier, in eurem Gebiet, wo die Zentrumpartei noch ziemlich stark ist, gilt es, in den leichten Kämpfen unter Führung der KGD.

auch die christlichen Arbeiter in die kämpfende Einheitsfront einzugeben. Ungeachtet ihres Mitgliedsbuches, ungeachtet ihres Glaubensbekenntnisses, ungeachtet ihrer Antikapitalistischen Aktionen zu kämpfen.

Wir fragen auch die Mittelschichten, die unter dem Schuldenlast zusammenbrechen und unter dem Tributkult von Versailles, Davies und Young ebenso leben wie wir: Hilft auch euch der Staat, wenn ihr vor dem Ruin steht? Schaltet auch

## Schaut nach der Sowjetunion!

Dort ist der Grund und Boden, dort sind Wiederaufbau und Befreiung, Gabrissen und Verleihungen und Renten im Geiste der Arbeiterschaft und Bauern. Unter Sozialismus bedeutet Erfolg der Kämpfenden. Unter Sozialismus bedeutet, daß die Klassensolidarität des Menschen durch andere Menschen aufgehoben zu erhalten ist.

Wir Kommunisten wollen aus Deutschland samt dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein freies sozialistisches Deutschland machen. Das ist unser Wille und Weg zum Sozialismus.

Deshalb kämpft mit uns in unseren roten Freiheitsscharen unter dem roten Banner des proletarischen Internationalismus!

Bekennet euch zu unserem Programm durch Stimmbgabe für die Linie 3 am 6. November!

Tragt unsere Lösungen hinein in die Betriebe, Stempelkämme und Büro! Schafft eine solche Front, die den letzten Gas der „Internationalen“ mehr machen wird, der da heißt:

„... Die Müßiggänger schließen beseitigt!

„Diese Welt muss unser sein!“

Ihr wie Bild und Thossen, die Schwerindustriellen und Juifen, tiefe Subventionen, wenn eure Gewerkschaften gehen? Niemals!

Die Diktatur der Bourgeoisie erzeugt sozialer Krieg und Zählerkampf unter allen Schichten des weitaus größeren Volkes durch das Beraterteam, angeführt der Papen-Notverordnungs-Diktatur: Socht auch nicht als Landesknechte des deutschen Großkapitals mitzutun!

Wir Kommunisten wissen, daß die Arbeiterschaft und die mit ihr verbündeten weitaus größeren Schichten immer entschlossen zum Kampf schließen.

**Der Sozialismus ist kein Geschenk**

Wir wissen, daß der Sozialismus kein Geschenk ist, das uns einfach in den Schoß fällt. Er muß im aufopferungsvollen Ringen der proletarischen Klasse, im Kampf mit den verelndeten Mittelschichten und armen Bauern, gegen die bessere Kasse erklungen werden. Nur so werden wir der Freiheit eine Sache bahnen und den Weg zum Sozialismus freimachen können.

Aus im östlichen Kleinkrieg um jedes Stückchen Staat, um jeden Pfennig Lohn entwinkelten wir unsere Kräfte. Lammeln wir unter Erbahnung, lammeln wir in jeder, gebuhder Arbeit die noch im Lager der SPD, des Zentrums und der KPD stehen. Deshalb kämpfen wir den Werktagen für den Freiheitssieg.

Wann die Arbeiterschaft regiert, wird das Werk „Stempelkäme“ nur noch in Wiederhäusern zu haben sein.

Wenn die Arbeiterschaft regiert, wird man keine Kleinbusen der Menschen durch andere Menschen aufgehoben zu erhalten.

Wir führen Wissen.



# Wo sitzen die Schuldigen?

Röhl

ing, Verschlechterung des Fahrplans und Massenentlassungen durch die Direktion sind Schuld. Weg mit der Direktion und ihren Stützen. Kampf gegen Lohn- und Gehaltsraub ist der einzige Schutz gegen Unfälle!

Wir berichteten bereits am Sonnabend über den schweren Zusammenstoß in der Prager Straße, bei dem ein Fräulein, und zwar die Tochter — nicht die Frau — des Wachmeisters, wie erster gemeldet, sofort gestorben und ein Rütscher schwer verletzt wurde, der inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Wir haben schon vorausgefragt, daß höchstwahrscheinlich auch hier wieder die Schuld beim Personal gelacht werden wird. Wie zeigen am Hand von Massenentlassungen und der Gestaltung des Fahrplans die wirtschaftlichen Schuldigen an diesem Unglücksfall.

Was wir vorausgesagten, ist eingetreten.

Die Schuld wird wieder, wie in allen früheren Fällen, beim Personal gelacht. So wird gemeldet:

Der Führer des Unglückswagens der Linie 11, Kaiser, wurde am Freitagmorgen durch die Unfallkommission beim Dresden Kriminalamt vorläufig festgenommen und am Abend der Staatsanwaltschaft zugeliefert.

Der Unglückswagon wurde heute Sonnabend früh 9 Uhr einer Fahrtprobe durch verschiedene Sachverständige auf der Straßenbahn unterzogen. Fahr- und Bremsproben ergaben, daß der Wagen technisch vollkommen einwandfrei und in Ordnung war.

Diese Mitteilung zeigt, insbesondere im letzten Absatz, daß die Schuld beim Führer gelacht wird. Der Führer, der 11 Jahre im Fahrerdienst beschäftigt ist und der als besonders zuverlässig gilt, soll schuld sein. Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns aber, ehrliche Fragen an die Direktion, die defamatorisch — mag es sich handeln um was es will — immer unanhaltbar ist. Erstens: Weiß sie, daß ein Verlagnen der Bremsen auch dann möglich ist.

## „Schuld trägt das Hettempo“

immer neue Straßenbahnunglücksfälle. Noch sind die ersten nicht vergessen. Ich denke dabei bloß an die Unfälle in Coswig und Coswig. Da kommt schon wieder eine Preismeldung: schwerer Zusammenstoß Prager Straße—Trompeterstraße, zwei Tote.

Woher kommt das?

Schuld daran ist nach meiner Aussichtung die unglaublich gefeierte Nationalisierung, die von der Direktion betrieben und vom Aufsichtsrat und Betriebsrat unterstellt wird. Die Herausnahme von Wagen aus dem Fahrplan, die Verkürzung der Fahr- und Wendezettel und die Entlassung hunderten Straßenbahner mög dazu führen, daß sich die Zahl der Unglücksfälle erhöht. Durch die Verkürzung der Wendezettel sind die Kollegen vielfach nicht mehr imstande, die Zeit zu erbringen, um an der Endhaltestelle aussteigen zu können. Noch weniger können daran zu denken, ein Stück Brot zu essen oder überhaupt etwas zu sich zu nehmen.

Strafen, Strafen, nichts als Strafen ...

Wenn nämlich ein Kontrollor über Fahrmeister ausspringt und stellt Verdächtigung fest, so droht es von der Direktion Verbrennung, Geldstrafen und schließlich Entlassungen. Woher die Verdächtigung kommt, danach wird nicht gesagt. Die Direktion hält sich für unfehlbar.

Dem Schaffner wie dem Führer geht es an den Kragen. Das selbe trifft auf den Dienst des Schaffners im Innern des Wagens zu. Sind diese überfüllt, kommt der Schaffner nicht durch, so hat er keine Zeit, auf die Fahrgäste aufzupassen. Springt aber ein Fahrgärt während der Fahrt ab, so geht durch die Polizei eine Meldung an die Direktion, dann gibt es wieder Strafe. Wir glauben, daß es angebracht wäre, daß sich Herr Stadtpräsident Albrecht

wenn vorher oder nachher einwandfreies Funktionieren festgestellt hat? Diese Tatsache wurde, soweit uns erinnerlich, sogar von Fahrlässigkeit zugegeben.

Wir fragen weiter: Was hat die Direktion nach dem Zusammenstoß am Waldschlößchen veranlaßt, als dort die gleiche Bremsen vorgelegt? Hat sie diesen Wagen damals in Reparatur gegeben? Hat eine einwandfreie Prüfung stattgefunden? Warum schweigt sich die Direktion dazu aus?

Wie verlangen breite Unterstützung gegen die Direktion!

Es muß ein Ende nehmen, daß das Personal durch die Ansiedelung der Direktion zu einem Tempo gezwungen wird, das solche Unfälle ermöglicht, und daß die Direktion ihre Hände in Unschuld wischen kann! Es muß ein Ende nehmen, daß immer bei denjenigen die Schuld gelacht wird, die durch die Anweisungen der Direktion bzw. durch deren Sparwut zur Erhöhung ihres Dienstes gezwungen werden!

Wie verlangen breite Unterstützung gegen die Direktion, die das Personal durch die Fahrplangestaltung, Einschränkung der Kleinwagen und Massenentlassungen, zu diesem Tempo zwingt!

Unsere Forderungen sind um so berechtigter, als Neuerungen des Personals wie der Fahrerleute die Schuld der Direktion beweisen. Wir legen uns despielsweise los mit einigen Straßendaten in Verbindung. Überzeugend erklärten Sie, daß die dienstlichen Verhältnisse heute untragbar geworden seien. So erklärt uns der Schaffner W.:

Fahrlässigkeit und im Vorhinein. Sie haben also die Unfälle verübt und gebilligt.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, die nicht im Aufsichtsrat vertreten ist.

Die bürgerlich-spartakistische Mehrheit forderte die Auflösung der Kommunisten. Dafür wurden durch eine Abstimmung die Regie, die nur kein Recht auf einen Sitzen hatte, bestimmt. Sicherlich war es noch immer so, daß die SPD durch Spartenwahl und Wahl-Beteiligung alle Rechte der Direktion gebilligt hat. Die Regie haben zum Dank nicht ein einziges Mal Recht gebilligt und jeden Antrag gegen die Direktion ablehnen. SCD und Regie-Beteiligung kamen den Anweisungen der Direktion zu, während die rechten Betriebsräte massiv gegenregierten. Recht noch so lautes Recht kann diese Herrschaften von ihrer elenden Schuld reinkommen.

Die einzige Möglichkeit solche Unfälle zu verhindern, ist der Kampf gegen das Aufsichtsrat, Massenentlassungen und die auf Kosten des Personals durchsetzten Nationalisierungsmethoden sowie die Verschlechterungen des Fahrplans. Daran sind alle Werktagen gleichermassen interessiert. Bei diesem Kampf steht Ihnen kein Staatsanwalt zur Seite. Diesen Kampf führt nur die Kommunistische Partei. Wer diesen Kampf will, zeigt seine Bereitschaft am 6. und 12. November durch Wahl von Kommunisten.



## RUND UM D'E PLAKATSÄULE

Zwei Blätter sollen den Mittelpunkt für die Ziele des Bourgeois einnehmen. Die Deutsche Staatspartei und die Deutsche Volkspartei rufen zum „Kampf“. Die Staatspartei leitet ihre Fassung des Mittelpunktes, zu nichts verpflichtende Plakate von der „Reichszeitung des Mittelpunktes“, von Hebung der Wirtschaft, vom Kampf für „Gleichberechtigung“ des Mittelpunktes. Während die ist so ergebenen „Dresdner Neuesten Nachrichten“ gegen den Roburger Monarchenstreit kaum dadurch nichts eingewandten hätte, weiter hier die Staatspartei gegen die monarchistischen Bestrebungen.

Deutlicher ist die Deutsche Volkspartei. Sie hat die Freiheit, sich ganz offen für die Interessen und Ziele Hindenburgs und der Papenregierung einzuspielen. Aber gerade das dürfte den Mittelpunktern die Augen öffnen. Haben sie doch jetzt unter den Ausführungen Papenischer Notverordnungspolitik zu leiden.

Dieses Blatt ist aber nicht nur eine Selbstentlarung der Deutschen Volkspartei gegenüber dem Mittelpunkt. Es dürfte auch für die Arbeiterschaft ungemein interessant sein, aus dieser Quelle von den offenen Diktaturplänen der Papenregierung unterrichtet zu werden. Es heißt da:

Wir fordern eine Reform der Reichsverfassung mit den Zielen:

Ausbau des Reichsrates und Reichswirtschaftsrates zu einer zweiten Kammer im Reich,

Stärkung der Macht des Reichspräsidenten,

Verkürzung des Wahlalters auf 25 Jahre.“

Dieses offene Bekanntnis zur weiteren Verstärkung des fälschlichen Regimes in Deutschland, diese offene „Kammer“, fordert noch hoffnungsloses Blöder, dieser Schrei der Partei der Kapitalisten noch Stärkung der Macht des Reichspräsidenten, damit dieser noch ungehört weiter Notverordnungen gegen die arbeitende Bevölkerung erlassen kann, muß alle werktäglichen Schichten auf den Plan rufen! Sie, und insbesondere die Jungwähler, gegen die durch Herabsetzung des Wahlalters auf 25 Jahren ein besonderer Schlag geführt werden soll, werden dieser Strophe die Antwort geben durch Wahl der Kommunisten, bitte!

Weiteres Cofer des Betriebsunfalls Prager Straße

Wie wir erfahren, ist nunmehr auch der Autofahrer Emil Soupe, Moritzstraße 11, seinem schweren Verletzungen erlegen.

Die Blätter aus dem Mittelpunktland

Am Sonntag früh 6.45 Uhr wurde auf der Sadowastrasse 20 ein 61jähriger Obermonteur mit einer Sauerstoffflasche tot entdeckt. Der Grund zu dieser Tat war Schmerz.

Am gleichen Tage 19 Uhr starb 45 in leichtmotorischer Fahrt ein etwa 20jähriger junger Mann mit einem Revolver in die Brust. Er wurde nach dem Krankenhaus Friedrichstadt transportiert.

Gestern abend machte ein 18jähriges Mädchen von der Königsstraße 42 ihrem Leben durch Gasvergiftung eine End. Hier war ebenfalls die Urache Schmerz.

Im Kampf des Werkes

Um Montagmittag fuhr ein 22jähriger Motorradfahrer aus Potsdamer auf der Augsburger Straße, Ecke Gemelstraße mit seinem Motorrad gegen eine Straßenbahn. Mit Kopf und Fußverletzungen wurde er vom Platz getragen.

Zeichenfund in der Seide

Am Sonntag wurde in einer Schönheit der Dresden keine die Leiche eines Mannes gefunden. Es handelt sich um einen 51jährigen Werksangestellten aus Friedrichstadt, der hier gestorben ist.

## Großer Generalappell aller Antifaschisten

für die Wähler der Röde 21. Für die roten Wahlhelfer der Röde 21. Für die Mitglieder der Partei und die Kommunistischen Jugendverbände! Für die Mitglieder der revolutionären Massenorganisationen! Wissens- und Klugheitspropaganda und Wissensschießen.

Wir sprechen der Gegenkandidaten der öffentlichen Reichstagwahl und der Gegenkandidaten der Dresden Stadtratswahl.

Unsere Wahlzeitung 15 und 20 Pfennig. Alle anderen Veranstaltungen müssen an diesem Tage ansetzen.

## Revolutionenkundgebungen

Raben jetzt an.

Donnerstag, den 4. November 1932, Schauspielhaus Götic, Semperoper Straße.  
Freitag, den 5. November 1932, 19 Uhr, in der Ausstellung, Städelschule.

### Weiße Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste, die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorsichtig in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 50 Pf. Weisen Sie jeden Ersetz dafür zurück.

# Alle Machtmittel bei Papen konzentriert

Dreihunderts SPD-Ministerpräsident Braun schließt zu Hindenburg. Vereinigung der preußischen Ministerien mit denen des Reiches verordnet. Die Massen kämpfen mit uns

Um Sonnabend ist der gemelde preußische Ministerpräsident SPD-Braun erneut zu Hause von Hindenburg gegangen. Der preußische Ministerpräsident hatte von der kommunistischen Regierung eine Dienstausübung freigestellt erhalten, welche das Degan des Herrn Schleicher. „Die Beschlüsse des Reichskabinetts liegen bereit, und sind auch durch die Mittagsbesprechung Hindenburgs mit Dr. Braun nicht verändert worden. Das gleiche gilt für die preußischen Maßregeln.“

Der Reichskommissar des Herrn Papen bleibt in all seinen Machtvollkommenheiten, und die Braun und Seerling haben lediglich die Aufgabe zugewiesen erhalten, die sozialdemokratischen Arbeiter zur „Verteidigung der sozialen Errungenheiten“, der Staatsautomobile und Ministerien, gegen den kommunistischen „Generalstreikfront“ aufzutreten.

Nicht genug damit! Es erfolgt die vollständige Einspeisung Preußens in das Reich, die Konzentration der preußischen Polizei, der Justiz, der Finanzen in die Hände der Papen und Schleicher. Die für die bisherigen preußischen Ministerämter bestimmten Kommissare sind bereits ernannt und vereidigt worden.

Die Nummer der „Preußischen Belegschaftung“, in der die Verordnung des Reichspräsidenten über die Einnahmeleitung Preußens in das Reich enthalten ist, wurde gebaut, noch während Herr Braun im Reichspräsidentenpalast seine „Hobelschreie“ gellend machte.

Nicht genug damit, der Reichskommissar v. Gaul hat vorstern abends vor der deutschen Presse den „schleunigsten Ausgang der Weimarer Verfassung“ angekündigt. Den wertvollen Jugend soll durch Herauslösung des Wahlalters um fünf Jahre das Wahlrecht genommen werden. Durch ein System von „Ja-Stimmen“ wird der March zum preußischen Dreiflasenwahlrecht angestrebt. Gegenüber Störungsversuchen“ des Reichstages und Landtages sollen die Vollmachten des von der Papenregierung beherrschten Reichsrates ausgebaut und zu einer sogenannten „Vollsovereitung“ umgedeutet werden.

Die abgejagte Preußenregierung gab aber nichtsdestotrotz am Abend nach der Verhandlung eine Erklärung bekannt, in der sie ihren Wählern mit aller Beharrlichkeit einreden will, daß die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof eine „Niederlage für die Papenregierung“ gebracht hätten.

SPD-Arbeiter, Gewerkschalter! Ist das nicht ein neuer 20. Juli, den die herrschende Klasse uns bereitet? Werden hier nicht alle faschistischen Kräfte konzentriert, um ein wankendes System vor dem Untergang der bürgernden Massen über den Winter zu bringen? Und sind es nicht die Braun und Seerling selbst, die nicht nur vor diesem neuen 20. Juli kapitulieren, sondern ihn noch als „Niederlage der Reaktion“ ausgeben. Ein Anschlag gegen euch, denen sie nach dem 20. Juli logen, daß die Sozialdemokratie gelernt habe und umrisste“. Gräßlich verdeckt offen die Notwendigkeit der „Revolution all jener Stimmen in der Arbeiterschaft, die am 20. Juli verschwunden, der Ge-

walt mit Gewalt zu begegnen“. Braun erklärt vor der Deutschen Rundschau, die „Beteiligung des reibungslosen Zusammenarbeit“ mit den gegenwärtigen Nothabern. Braun steht zu Hindenburg, der ihn vor Wochen aus den preußischen Ministerämtern herauswurft. Braun führt im Dienstaus des Herrn Bräutigam eine größere politische Erneuerung geben? Ist das der Kampf gegen die Notverordnete in der Reichsregierung, den die SPD-Führer an den Reichstag und in den Wahlversammlungen für sich beanspruchen?

„Wo steht ihr denn, wenn es zu kämpfen gilt?“ ruft der Vorwärts: Nicht bei Hindenburg, sondern bei den Arbeitern und Arbeitersfrauen, in den Betrieben, auf den Stempel-

stellen, in den Mietshäusern! Nicht auf dem Balkett des Reichsgerichtsgerichtshofes, sondern bei den streitenden Arbeitern und Seerling ihre bedingungslose Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Papen und Schleicher offerieren, während sie die Dienstboten behandeln werden. Das ist nicht unser Kampfbereich!

Sollen die Hitler und Goebbels bei Thälmann dienen und sich mit dem Koburger Fürstenpaar verbünden? Sollen die Roten und Seerling ihre bedingungslose Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Papen und Schleicher offerieren, während sie die Dienstboten behandeln werden. Das ist nicht unser Weg zum Sozialismus!

Wir sind die einzige Partei, die niemals mit den Nazis haben von gelern und heute pastiert und gefeuhtet hat. Jemals pastierten wir. Wir sind die einzige Partei, die die Einheit der arbeitenden Klasse erstrebt, um Brot, Arbeit und Sozialismus auf dem einzigen möglichen Wege, auf dem Wege des revolutionären Kampfes zu erreichen. Wir stehen zu den Millionen der Ausgebeuteten und organisierten ihren Kampf um das andere Deutschland, um das Deutschland der Arbeiter und Bauern. Und die Werktätigen wählen zur Vertretung ihres Willens am 6. November Kommunisten. Liste 3!

# SPD-Führer verraten die Arbeiter

Als in Hamburg annähernd zehntausend Verkehrsarbeiter gegen Lohnabbau im Streik standen, setzte der sozialdemokratische Polizeisekretär Schönfelder die faschistische Technische Not hilfe ein und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer führten den

## Dolchstoß gegen die Streikfront

als ein Lohnabbau-Schiedsspruch vorlag. Durch regelrechte organisierten Streikbruch ließen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den 900 streikenden Arbeitern des Torgauer Papen-Betriebes Villero & Boch in den Rücken. Einen weiteren Schlag gegen das Streikrecht der Arbeiter führt.

## Noske im Einverständnis mit Leipart

der die kommunistische „Neue Arbeiter-Zeitung“ verbot, weil sie den Streik der Weserschiffer unterstützte. Noske proklamierte in der Verbotserklärung, daß der Streik „nicht als legales Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erzielung besserer Lohn- und Wirtschaftsbedingungen angesehen werden kann“. Kann ein Arbeiter am 6. November noch für diese SPD-Führer stimmen? Die Kommunistische Partei hat die Kämpfe der Arbeiter gegen das Unternehmensum mit allen Kräften unterstützt, hunderte siegreicher betrieblicher Streiks sind der Erfolg der Einheitsfrontaktion. Darum scharren sich alle Arbeiter um die KPD und stimmen

# am 6. November für Liste 3!

## Beschluß der Reichsparteikonferenz

über die Beteiligung der KPD am Volksbegehren gegen die Papen-Notverordnungen

Die fürstlich stattgefundenen Parteikonferenz der kommunistischen Partei Deutschlands, die sich zum überwiegenden Teil aus den Vertretern der wichtigsten Betriebe Deutschlands zusammensetzte, wendete sich an die Arbeiterschaften in Stadt und Land, an die Fleigenschaften der Betriebe und die Erwerbslosen an den Stempelstellen mit dem Appell, den begonnenen Kampf gegen die neue Hungerschäfe der Bourgeoisie durch Streiks und Massenaktionen fortzusetzen.

Außenparlamentarischer Massenkampf allein und nicht Parlamentsentscheidungen, nicht Volksbegehren oder Volksentscheid können die Krisen der Weltkrise überwinden die Maßnahmen des Klassenfeinds verteidigen!

Die Einleitung des Volksbegehrens gegen den sozialpolitischen Teil der letzten Papen-Notverordnung durch die Sozialdemokratie war ein Versuch, die Massen vom wirtschaftlichen Raubkampf und vom Streik gegen den Lohnraub und die Zerstörung der sozialen Errungenheiten ebenso abschwören wie die SPD-Führer nach dem Staatsstreik am 20. Juli ihre eigenen Angänger auf den Staatsgerichtshof der Reichsregierung wahlweise verteidigen.

Die Massen des deutschen Proletariats, die Arbeiter der Betriebe haben sich nicht abhalten lassen, heute mit der idiotischen Waffe des Streiks auf den Lohnraub zu antworten, haben sich nicht auf ein Volksbegehren oder einen Volksentscheid verzichten lassen, der — wenn überhaupt — frühestens im kommenden Frühjahr stattfinden wird.

Die Parteikonferenz der KPD unterstreicht diese Tatsache, durch die die reformistische Lüge, monach erfolglosen Streiks in der Krise unmöglich seien, ein für allemal widerlegt ist.

Die Parteikonferenz handelt zugleich die demagogische Hege der SPD-Presse, als ob die Stellungnahme der Kommunisten gegen die Politik der SPD-Führer, die ein Volksbegehren zur Ablösung der Massen vom Streikkampf entföhnen, die Nichtteilnahme der Kommunisten an einem solchen Volksbegehren im Zuge eines Zukunftsentwurfs bedeute.

Die Parteikonferenz der KPD weist gegenüber diesem Bezugssatz der SPD-Führer auf das Amtshandbuch des Zentralkomitees der KPD vom 17. September 1932 hin, wo es u. a. heißt:

„Diese Entlarvung des Volksbegehrens der KPD als Abschaffungsmauer förmlich feineswegs aus, daß wir — falls es zu irgendeinem Zeitpunkt zu irgendeinem Volksentscheid über das Volksbegehren der KPD käme — uns dafür erklären

würden. Es bedeutet keine große Schwierigkeit, den sozialdemokratischen Arbeitern klarzumachen, daß die Frage des zentralen Lohnraubs nicht in vier Monaten durch parlamentarische Plauderei, sondern heute bereits durch den Willen der Massen beantwortet werden muß.“

Entsprechend dieser Stellungnahme des Zentralkomitees ist die Parteikonferenz der KPD vor der geläufigen proletarischen Offenheitlichkeit:

„Sofern es zu irgendeinem Zeitpunkt zur Durchführung eines Volksbegehrens oder Volksentscheids gegen die Notverordnung der Papenregierung oder gegen einen Teil der letzten Papen-Notverordnung durch die Kommunistische Partei Deutschlands sich mit allen Kräften für dieses Volksbegehren und diesen Volksentscheid einzulegen. Die KPD wird dabei die Massen vor parlamentarisch-demokratischen Illusionen warnen und die Kampagne des Volksbegehrens zur Massenmobilisierung für den unmittelbaren Kampf für die Durchsetzung der Arbeitersforderungen in den Betrieben und bei den Erwerbslosen benutzen.“

Die KPD wird bei diesem Anlaß wie jederzeit ihre ganze Kraft für die Herstellung der lämpfenden proletarischen Einheitsfront von unten in den Betrieben, auf den Stempelstellen und den Massen den Kampf für eine Arbeiters- und Bauernrepublik als einzigen Ausweg aufzuzeigen.

## Die SPD. Schriftsteller des Faschismus

Urteilt selbst, sozialdemokratische Arbeiter!

Der Vertreter der preußischen Regierung Seerling-Braun erklärte am 17. Oktober vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig sein Bericht des „Wormärts“ am gleichen Tage:

„Die preußische Regierung hat sich gegenüber der Reichsregierung (Papen) im Juni und Juli ähnlich zu verhalten. Sie lehnte jedes Ansinnen ab. In ihren Amtshandlungen, die Reichsregierung zu bekämpfen. Das sei Sach der Wahlen. Ministerpräsident Braun hatte 1928 bei der Reichspräsidentenwahl im ersten Wahlgang 8 Millionen Stimmen erhalten. Im April 1932 führte er diese Stimmen unter dem wütenden Widerspruch der KPD. Hindenburg zu... Bei der Verabschiedung des Reichshaushalts im Juni machte die preußische Regierung der Reichsregierung eine Schwierigkeit. Sie schwieg auf Wunsch (Papens) mit Rücksicht auf Gefahr über den Reichswehrhaushalt im Plenum und sogar im Ausschuß.“

Hier, sozialdemokratische Arbeiter, steht es schwarz auf weiß: Die Sozialdemokratie, SPD, Seerling und SPD-Braun haben Papen nicht bekämpft! Sie haben ihre außenparlamentarisch unterschüttet und bei den Wahlen Millionen Arbeiter verletzt, für Hindenburg, den Papen eingesetzt, zu stimmen. Die SPD röhrt sich noch, daß die Preußenregierung Seerling der faschistischen Papen-Regierung „seine Schwierigkeiten“ gemacht, die Annahme des Reichshaushalt ermöglicht und den Reichswehrhaushalt gestützt hat.

Der Vertreter Preußens erklärte weiter im Namen Brauns und Seerlings deren Bereitschaft zur freiwilligen Zusammenarbeit mit dem Reichsamt und mit dem Reichskommissar (Papen)!

So war, so ist die Sozialdemokratie des Schriftstellers des Faschismus. Ohne Seerling kein Papen und kein Hitler! Sozialdemokratische Arbeiter, vorwärts mit den Kommunisten in der Einheitsfrontaktion gegen Hunger und Faschismus, gegen Zerstörer und Papen. Am 6. November bekennt und alle dazu und wählt die einzige antifaschistische Partei

## SPD-Arbeiter

wir fragen dich!

Die SPD, die jetzt so im Wonne schwimmt und dir etwas von einem „Sieg“ vor dem Staatsgerichtshof vornehmen will, schenkt dich damit von Wichtigstem abzulenken. Wir aber wollen keine Aufmerksamkeit ausdrücklich darauf holen. Nehmen wir die Befreiungslösung von der Sozialisierung der Wirtschaft!, mit der sie jetzt wieder aufwartet!

Sozialdemokratische Klassengenossen, hast du vergessen:

1. daß die Sozialdemokratische Reichsregierung am 4. März 1919 folgendes Plakat verfünde:

Das Kohlenmonopol wird sofort losgelöst, dadurch gewinnt das Reich, das heißt das ganze Volk, noch vor der Sozialisierung der Gruben leicht maßgebenden Einfluß auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie. Die Sozialisierung des Kaliabbaus ist in gleicher Weise vorbereitet. Das allgemeine Sozialisierungsgesetz, das der Nationalversammlung vorgelegt ist, begründete an Stelle der früheren sozialen Privatwirtschaft die deutsche Gemeinwirtschaft, das Reich, das heißt wir alle, regeln diese deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich wird dafür sorgen, daß überall nach den Forderungen des Gemeininteresses nirgends im kapitalistischen Privatwirtschaften gewirtschaftet wird.“

2. daß Tarnow im „Wormärts“ vom 21. August 1932 schreibt: „Es moet ein tragisches Gesicht für die Arbeiterbewegung, daß ihr am Ende des Krieges die politische Macht in einem Augenblick zufiel, als die ökonomischen Bedingungen für einen Übergang zum Sozialismus vollkommen ungünstig waren.“

3. daß das sozialdemokratische „Bamberger Echo“ am 10. 12. 1931 zu der Erkrankung der Notverordnung geschrieben hat: „Wie hellen jetzt, daß Papen in dieser Notverordnung ... mit Ungemach und Ungelegenheit hat, was in dem sozialdemokratischen Parteiprogramm als marginaler Erfordernis versteckt ist.“

SPD-Arbeiter, es ist Zeit, zu erwachen! Bei Mitstreiter an anderer Seite und

Dekenne dich für Liste 3!

## Ohne Wels und Hitler kein Papen!

Der Dank des Generals von Rundstedt

Am 20. Juli führte die Papen-Regierung ihre Staatsaktion in Preußen durch. Die Kommunisten riefen zum Streik gegen diese Staatsaktion der faschistischen Papen-Regierung auf.

Was taten die Nazis und SPD? Die Hitler-Partei begrüßte begeistert die Staatsaktion. Sie unterstützte die Papen-Regierung. Die Sozialdemokratie misste „Opposition“, wandte sich aufs schärfste gegen die Streikparole und bekämpfte jede Gegenwehr der Arbeiter. Erfreut und dankbar konnte der kommandierende General für Berlin-Brandenburg, der als Militärberghaber eingestellt war, (im „12-Uhr-Mittagsblatt“) feststellen:

„Wohl habe ich im Laufe des Nachmittags (des 20. Juli) das kommunistische Flugblatt, das zum Streik aufrief, in großer Zahl beschlagnahmen lassen. Aber dankenswerterweise hat sich ja die Sozialdemokratische Partei dieser Streikparole nicht angeschlossen, sondern zur Ruhe und Besonnenheit geholt.“

So hat die Sozialdemokratie wie die Hitler-Partei die Staatsaktion der Papen-Regierung, vom 20. Juli gestift und ermöglicht.

Ohne Hitler, ohne Wels keine Staatsaktion, kein Papen!

Arbeiter, porträtiert in Einheitsfrontaktion gegen den faschistischen Einheitsfrontaktion am 6. November durch Wahl der einzigen antifaschistischen Partei, der

KPD. — Liste 3!

KPD. — Liste 3!

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

## Gehaltsabbau-Schiedsspruch im Einzelhandel

**Die Gehälter sollen um 5 Prozent gesenkt werden. Rücksicht zum Abwehrkampf gegen jeden Gehaltsraub**

Nachdem die Einigungsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss und die Vereinigung der Schalter für die Angestellten im Dresdner Einzelhandel gelöst waren, wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

"Das bis zum 30. September 1932 in Geltung gewesene Gehaltsabkommen wird in seinem geläufigen Umfang wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die zur Zeit befindenden Zertifikatshalte bis 31. Dezember unverändert weiterlaufen und mit Wirkung vom 1. Januar 1933 ab je um 5 Prozent gesenkt werden. Die bei der Berechnung der fünfprozentigen Senkung in erscheinenden Pfennigbeträge werden bis 18 Pfennig nach unten auf volle Mark ab, und über 18 Pfennig auf volle Mark aufgerundet.

Die bis zum 30. September 1932 in Geltung gewesenen Lehrlingsverträge laufen in der bisherigen tariflichen Höhe weiter, ab 1. Januar 1933 beitreten sie:

- Am 1. Lehrjahr 21 Mark (bischof 27 Mark)
- Am 2. Lehrjahr 26 Mark (bischof 35 Mark)
- Am 3. Lehrjahr 31 Mark (bischof 40 Mark)

Die Regelung tritt vom 1. Oktober 1932 an in Kraft. Sie kann per monatlicher Kündigungsschreit erstmals zum 28. Februar 1933 ergründigt werden. Erklärungsschreit ist für die Parteien bis Montag, den 2. November 1932."

Bei einem mit 11. November ausgesetzten Verhandlungen am 1. November Einzelhandelsverbund und den Betriebsrat der Gewerkschaften hatte der Gewerkschaftsbund der Angestellten vorgezogen, ein Schiedsspruch zu bilden, keinen Spruch von allen

Bestellten von vorherseiter als bindend anerkannt werden sollte. Dieser schändliche Vorwurf, einem Gehaltsabkommen vorher zugestimmt, dessen Höhe noch gar nicht fest liegt, läufterte nur am Gehaltsabkommen des Unternehmers, die aber einen allgemeinen Gehaltsabkommen hinaus auch in der Gehaltsgruppenmittelung Verhandlungen durchführen wollten. An Stelle des vorher geäußerten zehnprozentigen Lohnabbaus verlangten sie den Abbau der Kaufmänner der Klasse 1 auf 292 Mark und der Klasse 2 auf 216 Mark. Auf die größere Anzahl der Angestellten kommen über die Klassen 3 und 4 in Frage. Für sie wurde ein allgemeiner Gehaltsabbaum von 5 Prozent und die Rechtmäßigkeit des Zuges für den 1. November gefordert.

Die Angestellten, die ich heute noch zu einem Teil von der Kaufmannsseite herren seien, müssen aus dem Bereich des Unternehmens entstehen, was so die von den Kaufmännern gewünschte "Vollgemeinschaft" wie gehabt kann. Die Unternehmer verfügen immer wieder auch die Voraussetzung der Angestellten herauszutragen, um die Lagen der Klasse 2 bis 4 den Werkstätten auszubringen. Dagegen steht auf der Komplätscheitern mit der gesamten Arbeiterschaft.

Obwohl der Schiedsspruch die Verhandlungen des Unternehmers im weiteren erhöht werden, die Gewerkschaftsbürokratie geht von einem Erfolg aus. Dabei sind die Gehälter der Angestellten im Einzelhandel schon heute so niedrig, daß auch nicht ein Pfennig mehr abzuhören werden darf. Deshalb gilt es nicht nur den Schiedsspruch abzulehnen, sondern auch zu dem Kampf gegen den Gehaltsraub zu rufen. Der Unterhaltung der gelassenen Dresden Bevölkerung können sie verzichten.

## 15 Jahre Sowjetunion

**"Wir arbeiten mit Lust und Liebe"**

Meister Schulz aus Hennigsdorf bei Berlin, der im kapitalistischen Deutschland keine Arbeit mehr finden konnte, arbeitet mit großem Nutzen in der Sowjetunion. In einem Brief an seinen Kollegen schreibt er u. a.:

"So macht mir als „Ausländer“ eine wirtschaftliche Freude, wenn ich hier arbeite, mit welcher Lust und Liebe die Menschen arbeiten. Kein Schimpfen hört Du hier, alles geht im kommunistischen Ton vor sich. Der Meister hat nicht notwendig, die Arbeiter anzutreiben, denn diese wollen, daß sie fürchtet und nicht für die Kapitalisten arbeiten. So ist ja wie ich. Die frühere ich kannte es sehr leicht nicht begreifen, doch es möglich ist, daß der Direktor den Arbeitern im Betriebe die Hand gibt. Heute verleihe ich das schon, er ist ja auch ein Arbeitgeber, so wie wir es alle sind, und die Belegschaft hat ihn selbst zum Direktor bestimmt. Wenn Du unter deinem Direktor im Betrieb leben würdest und ihn nicht vorher kennengelernt hättest, würde Du nicht unterscheiden können, ob das ein Arbeitgeber oder ein Direktor ist. Das ist etwas anderes als ein Direktor im kapitalistischen Betriebe, welcher weiter nichts verleiht, als das technische Personal wie einen Jagdhund anzutreiben. Ich kann Dir nur sagen, daß es wirklich schön ist, daß man nicht schon früher diesem Staat seine ganze Kraft zur Verfügung gestellt hat. Unter Wasserland ist die Sowjetunion."

Wenn ich heute zurückdenke, wie man sich von der Bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse hat belügen lassen, so könnte ich mich heute noch vor den Kopf schlagen."

Jede Stimme für die KPD ist ein Beitrag für den Kampf um die Errichtung eines Deutschland, in dem nur die Arbeit und Güter herrschen!

Deshalb alle Stimmen für Liste 3!

## Streik bei Unitas abgewürgt

TIB-Bürokratie vereinbart Lohnabbau bis zu 10 Prozent

Wieder ist eine Feindschaft, die im Streik stand, durch kommunistische Presse der Gewerkschaftsbürokratie um den Erfolg ihres Kampfes betrogen worden. Der Streik bei "Unitas" in Plauen wurde durch die Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt.

Am Donnerstag fanden Verhandlungen statt, die ergänzungsfrei verließen. Am Freitag verhandelte der TIB-Bürokrat Lammi und als "Unparteiischer" der sozialdemokratische Arbeitsamtsdirektor Seidel von Lügau wieder vier Stunden mit dem Unternehmen. Dabei wurden die Streikenden folgendemokraten an den Unternehmer verloren: Bei allen Arbeitern, die bisher über den Altarbeitsrichter verdienten, wird ein Lohnabbaum von 5 Prozent durchgeführt. Bei den Arbeitern, die unter dem Altarbeitsrichter verdienten, wird kein Lohnabbaum durchgeführt.

Die ungemeinliche Tatsache, daß ehrliche Angestellte von den Forderungen zur Abgabe von Streikberechtigungen gezwungen werden, muß allen Protesten zur Kenntnis gebracht werden, um ihnen die Augen zu öffnen und sie in die rote Einheitsfront einzurücken. Gestaltet den 6. November zu einem wichtigen Wahlkampftag für die KPD. Liste 3!

## Die „Daheim“-Boten entlassen

Mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses soll der Lohnraub erwungen werden

Die Boten des Fleischfeins „Daheim“ in Dresden stehen bestmöglich in einer Lohnbemänglung. Es soll ein beträchtlicher Lohnabbaum durchsetzt werden. Die Belegschaft hat beschlossen, daß nur die gewählte Tarifkommission mit dem Arbeitgeber verhandeln darf, weil sie in den Gewerkschaftsbürokratie aus dem Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder beim Betriebsrat bestehen kann. Jetzt wurde ein Boten folgendes Schreiben übermittelt:

„Wir haben den Betriebsrat von der erfolglosen Tarifverhandlung zum 31. 10. 32 Kündigung der gesamten Tarifvereinbarung zum 31. 10. 32 Kündigung ausgeben.

Tochter einer amtierenden Belegschaft noch nicht zustande gekommen ist, müssen wir Ihnen aus rechtlichen Gründen das Tarifverhandlung bis zum 1. November 1932 hinzuziehen. Wir sind aber bereit, Sie ab 1. November 1932 weiter zu beschäftigen. Die Entlohnung werden wir soviel noch darüber für uns verhandelnde Tarifbestimmungen nicht Lohnabbaum des Einheitsabkommen – Gesamtverband Dresden vornehmen, es sei denn, daß inzwischen eine Vereinbarung auf sozialdemokratischer Grundlage zum Abschluß gelangt.“

Belegschaft „Daheim“ Richard Gansauge, gesch. Oberleiter.

Die Firma kündigt den Arbeitern also an, daß ab 5. November ein Lohnabbaum durchgesetzt werden soll. Die Belegschaft wird in diesem Zuge ihren Bruchlich durchdringen, jeden Betrieb und nur einen Pfennig vom Lohn oder von den Kundenpreisen abzubauen, sofort mit dem Korn zu konzentrieren.

Die Boten, die in Wies und Weise nach Kilometerlängen Wege von Haus zu Haus eilen müssen, haben in ihrem Kampf die hoffte Empathie der weitaus breiteren Bevölkerung. Auch die Teilnehmer des Fleischfeins befürchten, daß die aktive Solidarität der Belegschaft den Arbeitern „Das macht ihr ganz recht, daß ihr euch gegen den Lohnabbaum zur Wehr setzt!“ sage es auch nur nicht gefallen!“ Die „Daheim“-Boten werden diesen Rat bestimmt folgen.

## Streikbrecher als Aeronauten der SS

Wir berichteten, daß es die Gewerkschaftsbürokraten verstanden haben, die Belegschaft der Kartonagenfabrik August & Co. in Dresden zu bewegen, ihren Streik abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen, obwohl der angekündigte Lohnabbaum bis zur Entscheidung des Schlichters nur vorläufig verfügt worden und die Anerkennung der Belegschaft, daß die Streikbrecher entlassen werden müssen, ebenfalls nicht erfüllt wurde. Dennoch läuft die Dresden Volksfeuer von einem „roten Feuer“. Die Belegschaft ist dagegen ganz anderer Meinung und sie hält damit den Gewerkschaftsbürokraten gegenüber auch nicht hinter dem Berg.

Um die Arbeitnehmer von dem kapitalistischen Verhalten der Gewerkschaftsbürokraten abzuwenden, die mit ihrer Vereinbarung mit dem Unternehmer den vollen Sieg der Belegschaft verhinderten, hat die Volksfeuer gegen die Arbeiterräume, Untiere das malige Mitteilung, daß der Unternehmer vor dem Arbeiterrat die Vertreter der Gewerkschaften und der Streikpolen durch das Versprechen, die Streikbrecher wieder zu entlassen, zu bewegen versucht, die Maßnahmen geprägt zu haben, damit die Volksfeuer „Aktion, die niemand glaubt“. Der Unternehmer habe im Gegenteil den Streikbrechern ein Versprechen gegeben, es nicht zu entlassen, und dadurch seien Gewerkschaften entzweit.

## Gewerkschaftskommune bei der TIB

Um Aktion bestimmt der Arbeiterrat der TIB-Bürokrat (Besitzer Betriebs-Gewerkschaft) am kommenden Mittwoch eine Wahlkommune über den Streik durchzuführen. Die zarten Belegschaftsräte haben durchgelegt, daß zur Grundlage der Wahlkommune die Formulierung gemacht werde: „Für Lohnabbaus – oder für Streik!“ Der Bahnhof 22 (Weißensee) hat in einer Versammlung sich für den Streik erklärt.

## Lohnraubangriffe verhindert

Der Streik der Glasarbeiter in Kohlwald, die seit dem 20. Oktober im Kampf gegen Lohnabbaus handeln, ist jetzt mit Erfolg beendet worden. Unter dem Druck der geschlossenen Kampffront gegen den Unternehmer den angekündigten Lohnabbaus zurück. Die Arbeit wird ohne Mahnungen gegen den alten Bedingungen aufgenommen. Einen großen Anteil an diesem vollen Streiktag hat die Solidaritätsaktionen der Kämpfer der sozialdemokratischen Betriebsratsversammlung gegenübergestanden.

Durch Kampflosigkeitserfolg errang die Belegschaft der Schuhfabrik Baden in Döbeln in Sachsen die Zustimmung eines angekündigten Lohnabbaus.

## Solidarität

Die KPD kammte in Zittau für die Unterstützung der Streikkämpfe sozialistisch in den Betrieben folgende Beträger:

Reichs 8. Oktober	20,75 Mark
E. R. Käthe	20,00 Mark
E. W. Bernhard	19,50 Mark
Große Münze	19,70 Mark
Sporthaus Zittau	19,40 Mark

Berichts über Solidaritätsaktionen

# ROTER SPORT

## Ueberraschende Ergebnisse in den Serienspielen

Jeder rote Sportler ein Wahlhelfer für die Liste 3!

**Der Sonnigsport brachte in den Serienspielen einige recht große Überraschungen, auf welche man keinesfalls gefaßt war.** Zu den folgenden zwei Sonntagen herrschte vollständige Sportruhe, da sich alle Sportler und Sportlerinnen reihen in den Dienst der Wahl stellen, um mit zu helfen an dem Kampf der Arbeiterklasse gegen Unterdrückung, gegen Wohn- und Unterhaltungskraub! Jeder rote Sportler ein Wahlhelfer für die Antisozialistische Aktion, für die rote Einheitsfront, für die Liste 3!

Von den Spielen gingen nachstehende Berichte ein: Spiel 02 brachte es fertig, den Dörfchenspielen ein 2:0 bezwang, trotz Überlegenheit des Gastes. Ein noch großes Glücksrad ließte sich Jäthau 1, indem sie von 12:1 mit 6:1 hinauslegen ließen. Auch die Sud-Helios hatten gegen Brand nicht so viel zu bestehen und konnten den vier Toren der Gäste nur den Ehrentreffer entgegennehmen. Deuben 1 wäre gegen die Eichmannsbotter eine bedeutende Vormärzheiterung und hätte sich tapfer mit 1:1. Die Heidenauer 1. konnten die Piraten 1. erwartungsgemäß schlagen und ein einminütiges 5:1 erzielen. 1885:1 konnte jener begierige Zauderode 1 mit neben Toren nach hause kehren. Die hochjadeleute konnten die Stippener 1 im Punktspiel nur knapp mit 2:1 bezwingen, während die Rabenauer auf eigenem Platz eine 9:0-Niederlage von den Zwergen einstecken mußten.

**Untere Mannschaften:** Radebeul 2-Pirna 11:12:2, Radebeul 3-Radeberg 3:1; Radebeul 3-M.-Schleiden 2:0:6:1, Radebeul 1-Jagd-WB 12:1 Jagd 8:0, Radebeul 2-Jagd-Pirna 11:2 Jagd 0:1, Radebeul 1-An.-WB 12:1 An 1:2, Jäthau 2-WB 12:2 3:4, Jäthau 3-Pirna 11:2:0, Döben 2-Eichmannsdo 2:1:7, Deuben 2:1-Eichmannsdo 2:0:6:1; Deuben Jagd-Eichmannsdo 2:1:7, Deuben 2:1-Eichmannsdo 2:0:6:1; Deuben Jagd-Eichmannsdo 2:1:7, Deuben Schule-Eichmannsdo 2:0:6:1; Deuben 2:1, Sud-Helios 2-Brand 2:0:0, Sud-Helios 3-Brand 3:3:3, Sud-Helios 1-Jagd-Stand 1:Jagd 1:1, Sud-Helios-Schule gegen Brand Schule 2:0:0, Arnsdorfstadt 2-Kottwitz 2:0:1, 02 Arnsdorfstadt 3-Arnsdorf 3:2:0, Heidenau 3-Pirna 1:3 1:4, Dohna 2-Dresden-West 2:1:3, Dohna 2:0-Jäthau 2:0:1:3, 1885 2-Zauderode 2:2:3, 1885 2:0-Dresden-West 2:0:1

## Amtliche Bekanntmachungen der SG

Auktionare der erweiterten Agitierung! Uniere nachts Sitzung ist am Donnerstag, dem 3. 11., 16 Uhr, im Büro. Alle müssen zeitlos gut stelln sein! Feuerleitung, Org. Spiele Nr. 12, 924, 874, 889, 903, 890 je 10 Mark Strafe und Fünftausend wegen Nichtantrittens des Auktionsamtes.

Normalarbeitszeit besteht. Ab 1. November wird grundsätzlich keine Normalarbeitszeit mehr erlassen, da die Betriebe nun darüber informiert sind, daß alle Angelegenheiten nach der Rechtsordnung zu regeln sind.

Abrechnender Dohna. Alle Judenheiten und Spiele sind zu richten an den Gemeinen Kurt Heinecke, Dohna, Königer, 1a.

Sportlerinnenkonferenz im Stadion Pirna am 2. November, 19 Uhr. Eintritts- oder Eintrittsgebühr ist Pflicht.

**Spielangebote.** Welcher Verein das Interesse, eine konstante Fußballdurchmischung in den Wochentagsstunden auf dem Platz zu haben? Die Frauen vertragen über eine militärische Ehr. Die Bedingungen sind beim gewöhnlichen Eltern zu erläutern. Angebote sofort am Freitagabend 17. August! Begeisterung!

Gegner gerüchtet. Naturgemäß haben lautend Gegner nur 1 und 2. Mannschaft möglichst Sonnabends angetreten und an das Arbeitseheum Dresden-N, Stroh, Biegler, Ströbe (Rottewitten), zu richten.

Achtung, Sammler-Cops! Heidenau!

Nach einem Jahr seiter und überzeugender Arbeit, welche auch erfolgreich war, haben wir beschlossen, ein Stützpunkt zu errichten. Dieses findet am Sonnabend, dem 5. November, im Deutschen Turnhaus in Heidenau statt. Beginn 18 Uhr. Eintritt 20 Pfennig. Am Programm sind verantwo. des Zentralvereins Dresden (20 Mann), das Lampion-Gesellschaft, Redakteur der Staatsober Dresden sowie die Sammlergruppe Heidenau mit einem Einakter. Programmbeginn 20 Uhr, vor und nachher Tanz. Der Reinertrag wird zur weiteren Ausbildung

0:2, 1885 1. Jagd-Meigen 1. Jagd 2:2, Straßenbahn 2-Kottwitz 2:0:1.

**Handball:** Rabenau 1 Sp.-DSE 16:1:1 (1:2). Seide Mannschaften traten nicht vollständig an. Döbenen holt aber ein entsprechendes und flottes Spiel. Heidenau 3:1-Pirna 1:0:0.

## Achtung, Vereinsvorstände und Funktionäre!

Am Mittwoch, dem 8. November, werden im Bezirk Dresden in den einzelnen Gruppen Gruppeneinigungen durchgeführt. Punkt 19 Uhr. Die Orte sind folgende:

Gruppe Pirna: im Pirnaer Stadion,  
Gruppe Arnsdorf: im Arnsdorfer Hof in Arnsdorf,  
Heidegruppe: im Bahnhofsrathaus Ottendorf.

**Kein Verein darf zu diesen wichtigen Zusammenkünften fehlen!**

## Deutsche Langläufer in der Sovjetunion

Die drei Berliner Arbeiterläufer Uren, Behnke und Duman, die schon bei Vergleichsläufen anlässlich der Gewerkschaftspartie in Lenigrad achtbare Erfolge erzielen konnten, starteten zu einem 160 Kilometer-Lauf in Moskau. Die und Zula waren mit am Start. Wieder nach dem Startlauf leerte sich Behnke an die Spitze der 120 Teilnehmer. In einem guten Lauf erreichte aus Sudau, Lenigrad, Kishinjow ausgetragenen Tempo konnte Behnke bis zum 3. Kilometer die Spitze halten. Von da an wuchs das Tempo des Laufes. Behnke hielt an, und auf der halben Distanz stand Behnke an dritter Stelle. Dann gings wieder hinaus auf die Straße. Behnke wurde am Ende 7. Leng 11. und Duman 12.

den Rettungsweisen benutzt. Arbeitnehmer, drinzt zeitlos diese Veranstaltung!

## Schachpartie

**Bezirksleitung der Dresden Schachpartie.** Die nächste Begegnung findet am 3. November bei Sud-Helios statt. Die Tagesordnung ist äußerst wichtig und der Betrag Punkt 19 Uhr von Sportleiterin und Spielerleiter erwartet. Tagesordnung 1. Das Begegnungsspiel am 16. November, 2. Bericht der Sportleiter, 3. Sturmplatz Winter 1902/03, 4. Spieltechnik, o. Bertheorie. Bei Nichterreichung 1. Markt-Zitate.

**Ergebnis des Einzelmeisterschafts:** Bartholomäus 1:0, Kühnle-Kromer 1:0, Dietrich-Herrlich 0:1, Bartholomäus 1:0, Kühnle-Zitate 0:1, Kühnle-Krämer 1:0, Bartholomäus-Müller 1:0, Bartholomäus-Ebert 1:0, Bartholomäus-Wedder 1:0.

Zur nächsten Woche treten bald Bartholomäus-Kühnle, persönlich gegen Bartholomäus-Kühnle, Dietrich-Herrlich-Bartholomäus, Kühnle-Zitate, Kühnle-Krämer, Kühnle-Hohenhausen, Kühnle-Zitate, Kühnle gegen Bartholomäus-Zitate, Ebert, Krämer-Bartholomäus, Bartholomäus-Ebert.

Zum Serienspiel spielen Dohna 1-Jäthau 1:2:6, Dohna 2 gegen Jäthau 2:3:3.

Am 20. 11. spielt Genossen Kühnle (DSE) einzeln gegen die neue Gruppe Rabenau, dabei ist 9 Uhr, Albertshöhe, Gaste willkommen!

Zum Fasching haben sich die Cheminer Genossen mit 26 Spielen angemeldet. Es werden für diese Quartiere in Leibnig und Altkirch gespielt. Der Fasching ist allgemeiner Schachpropagandatag und alle Vereine werden erachtet, die Verantwortung mit allen Mitteln zu unterstützen. Die nächste Sportleiterin ist am 3. November, 19 Uhr, bei Sud-Helios.

## Jiu-Jitsu-Kursus

Am Mittwoch, dem 2. Nov., 18 Uhr, beginnt ein neuer Jiu-Jitsu-Kursus in der Turnhalle des Sportvereins Uebigau (1885), offen für alle Sportler und Sportlerinnen der KG.

## Das Treideln soll verboten werden

Die Amtshauptmannschaft (Eibachstrasse) gegen die mesthängenden Sportler

Folgendes Schreiben wurde allen mesthängenden Sportlern der Amtshauptmannschaft Dresden übermittelt:

„Es ist wiederholt beobachtet worden, daß Sportler und auswärts gehen. Dieses sogenannte Treideln hat bereits 1901 durch diese Verabreden des Publikums geschehen. Abgesehen davon, daß es nicht nur aufhänger, sondern auch schwimmer und andere Wassersporttreibende erheblich vermehrt werden, ist das Treideln nur der verbliebenen Schifffahrt gefährlich.“

Die Amtshauptmannschaft wird im kommenden Sonntag durch öffentliche Bekanntmachung das Treideln für den Sport verboten wissen.“

Die Maßnahme, die von der Strombehörde im Rahmen durchgesetzte werden soll, dient dazu, den sportlichen Ruhm der Elbe in gewisser Beziehung einzuspannen. Es handelt sich nicht nur gegen Badeter und Badetier nicht, sondern auch gegen die Zepter, müssen wir uns darüber freuen. Denn heute, wo die mesthängenden Sportler durch ihre wertvollen Verdienste sowohl dort in Mitteldeutschland wie auch in Sachsen nicht wie die Sportbootsbesitzer, einen Platz finden, kann man ihnen auch noch das letzte nehmen.“

„Gegen die neue Verordnung haben wir alle Freunde unserer geschilderten Front dagegen zu wehren, weil eben nur die wertvollen Sportler darunter zu leiden haben, was durchaus verhindern, daß dies im Anschluß zur Durchführung kommt. Hier heißt es in gemeinnütziger Front gegen die Maßnahme einzutreten.“

Die Amtshauptmannschaft Dresden (Büro des Amtshauptmanns) an alle Vereine ein Schreiben gerichtet und fordert nun gleich welcher Organisation, auf, mit uns gemeinsam den Kampf zu führen.“

Deshalb rufen alle wertvollen Sportler zusammen, daß durch erreichen, daß eben nicht nur die Elbe für die „Siedlungssportler“ da ist, sondern vor allem für die Wertvollen.“

„Vergesst auch am 6. November ein Massendekretat für den politischen Kampf ab. Alle Stimmen der SPD, bitte.“

**Brot**  
besser ist  
**Schlüter-**  
**VOLLKORN BROT**  
Für Ihre Ernährung besonders wertvoll  
Gesunden und Kranken unentbehrlich!

Dr. Otto Mayer, München: Schlüterheit ist Gesundheit und Kranken fast unentbehrlich

longe zurückhalten lassen, um sich wieder an der revolutionären Bewegung zu beteiligen.“

„Ich entschloß mich, wieder an der revolutionären Arbeit teilzunehmen und überredete von Palachof, in die Polizeipolizei-Maltschitsch-Straße, an der Peripherie der Stadt, in ein kleines leuchtendes Proletenzimmer. Durch Karpow und Klemischl lernte ich Genossen Liwow-Kogotschewitsch kennen. Er war Anwaltsteller, Jurist, glänzender Agitator, der sich während des großen Streiks im Süden, welcher sich auch in Kiew ausbreitete, betätigte. Als die Kiewer Eisenbahnarbeiter auf die Straßen gingen, hielt er vor dieser zahligen, taulend Köpfe zährenden Arbeiterversammlung eine flammande revolutionäre Rede. Er machte den Eindruck eines sehr guten Genossen.“

„Da Genossen Karpow mich als erfahrene Revolutionär, der schon in Petersburg gearbeitet hatte und sogar noch Sozialdemokrat gewesen war, empfohl, wurde ich in das Kiewer Partei-Komitee „sofort“ aufgenommen.“

„Es wäre vielleicht besser, wenn ich, bevor ich ins Partei-Komitee komme, zuerst in den unteren Organisationen arbeite und die fortwährenden Arbeiter, die Stimmung der breiten Arbeiterschaften kennlern“, sagte ich.

„Ja, Sie haben recht“, antwortete Kogotschewitsch. „Sagen Sie bitte, ist das wahr, daß Sie Wladimir Iljitsch Wladimir kennen? Sie sollen jetzt mit ihm zusammen in der Verbannung gewesen sein? Ist es wahr, daß er ist Menschen, die eben so klug und begabt sind, wie er, neben ihm nicht duldet? Ist es wahr, daß er ein Mensch ist, der, um die Macht in seinen Händen zu erhalten, nicht darauf zurückzuschreien würde, die Partei zu spalten? Was erzählte man sich bei Ihnen in Siberien über Julian Offizowski Jederbaum?“

„Zum ersten Male hörte ich, daß man von Wladimir Iljitsch als von einem Menschen spricht, der ausgeschließlich die Interessen eines persönlichen Freiganges vertreibt“, erwiderte ich. „Ich hörte von Genossen Karpow, Mitgliedern seines Zirkels, gerade das Gegenteil.“

„Alle sagten, daß Wladimir Iljitsch keine persönlichen Interessen und die Interessen anderer des Interesses der Revolution und der Arbeiterklasse vollständig unterordnet. Sie fragen, ob es Menschen, die eben so klug und begabt sind, wie er, neben ihm nicht duldet? Ebenso, wie sich in jedem Zirkel bestreitige herausstellt, der diesen Zirkel begründet, war es auch, so glaube ich, in dem Zirkel Wladimir Iljitschs der Fall. Alle Mitglieder seines

nur ein Wort darüber, daß Jederbaum dort dieselbe Rolle spielt wie Wladimir Iljitsch. Warum fragen Sie übrigens damit? Ist denn zwischen den beiden etwas vorgefallen?“

„Ja, es sind Genossen aus dem Ausland gekommen, die hier beeindruckende Berichte verbreiten... Eine der wichtigsten ihrer Auslagen widerspricht dem, was Sie gerade erzählt haben. Die Berichte geben die Schuld an allem Wladimir Iljitsch. Ich habe zusammen diese Auslagen aus sicherer Quelle. Sicherlich mit sich aber herausstellen, daß das alles nicht stimmt.“

„Ich verabschiedete mich von Kogotschewitsch und kam mit nicht mehr zusammen. Augenblicklich war er infolge der dortigen politischen Beobachtung gezwungen, gemeinsam mit Genossen Karpow Kiew zu verlassen. Es gelang ihm nicht, mit den notwendigen Verbindungen mit den Arbeitern herzustellen.“

„In seine Stelle kam ein gewisser Verditschewitsch, der gerade im Ausland zurückgekehrt war und der kurze Zeit nachher sich in einer würdevollen Menschenwelt verwandelte. Aus kleinen Worten war es nicht klar, daß er, wie auch ein junges Mädchen, das sehr klein geworden war, von dem Augenblick an, als die Partei in einen Kriegsstand mit ihren Feindern übertraten, Verditschewitsch verbreitete, daß er, mit Aggression, ja sogar feindselig Lenin gegenüber, sympathisierte.“

„Warum sind Sie gerade nach Kiew gekommen?“ fragte ich das junge Mädchen, das aus der Schweiz gekommen war.

„Weil man in der Schweiz die Kiewer Organisation für multireligiös hält und der Meinung ist, daß man durch sie viel lernen kann. Genosse Ida (so wurde ich in Kiew genannt).“

„Das ist sehr merkwürdig“, antwortete ich. „Wohlgemerkt heißt es hier unter der Organisation nach der Bewegung zu Segen des Jahres, die im Sommer, im Juli, besonders stark war, als in Kiew der Generalstreik ausbrach und auf dem Kreisfestival und in anderen Städten das Militär in die Massen kroch. Ich habe die Sache aber ganz anders... Sie wissen doch, daß die ganze Kiewer Organisation aus 12 bis 15 Arbeitern besteht, die nicht verhaftet wurden, daß in der Arbeiterschaft eine gedrückte Stimmung herrschte und daß es einer ungeheuren Arbeit bedarf, um die Kräfte zu sammeln und die Kampftimmung der breiten Arbeiterschaft zu heben.“

(Fortsetzung folgt.)

## ILLEGAL

Eine alte Czochrak erzählt aus seinem Leben

Copyright 1922 by Mopr-Verlag, Berlin (Internationale Monitore, Band 6).

### 25. Fortsetzung

Während meiner Krankheit entwidelten sich die Ereignisse mit ungeheurer Geschwindigkeit. Besonders eindrücklich war von einer elementaren Massenbewegung der Arbeiter überflutet. Die Arbeiterbewegung beeinflußte auch die Bauern. Zur Unterstützung der Bauernunruhen im Charlotower und Voltawer Gouvernement befahl der Minister Piechow den Segen vom Abt des Troiko-Ssiergejewer Klosters.

Die SG immer mehr verbreitende elementare revolutionäre Bewegung äußerte sich zu Beginn 1903 in dem großen Streit in Südböhmen. Die Demonstrationen, die schon 1902 begannen, vermehrten sich, wie es in Rothenburg zu beobachten war, im grandiose Kossenau-Marsche, an denen zwanzig bis dreißigtausend Menschen teilnahmen.

In der Zeit, als dies alles vor sich ging, war ich durch Krankheit gezwungen, mich von der SG abzuwenden, um wieder zu leben. Da mohn ich dann einer Sammlung des Genossen Bonomarjenko unter den sympathisierenden Studenten (100 Kubel) fahren und mich dort einer Vorberatung unterziehen konnte, — konstatierte ich plötzlich, während eines Spaziergangs mit Bonomarjenko und Palachof, daß ich ohne Stoff gehen könnte.

„Schonen Sie nur“, loge Palachof, „Schonen Sie nur, Wladimir Iljitsch ist in Gefahr!“

„Das stimmt. Er geht schon wie ein ganz Gesunder, ohne sich zu beschweren, und sieht so aus, als ob er sich nicht

SLUB  
Wir führen Wissen.